

RESOLUTION Winterklausur 2024

Stand: 10.01.2024

Solidarisch an der Seite Israels im Kampf gegen den Terror

Der 7. Oktober 2023 war ein weltgeschichtlich schwarzer Tag: Wegen des terroristischen Angriffs der radikal-islamischen Hamas auf Israel hat der Nahost-Konflikt seitdem eine neue Eskalationsstufe erreicht. Rund 1.200 israelische und ausländische Bürger kamen an diesem Tag ums Leben, etwa 240 weitere wurden in den Gazastreifen verschleppt – die meisten von ihnen werden von der Hamas noch immer als Geiseln gehalten. Auch im neuen Jahr feuert die Hamas aus dem Gazastreifen Raketen auf Israel.

Wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag verurteilen den Terror der Hamas und den brutalen, menschenverachtenden Überfall auf Israel auf das Schärfste. Dasselbe gilt auch für Angriffe der Hisbollah aus dem Libanon auf Israel. Hamas ist eine palästinensische Terrororganisation, die Israel vernichten will. Die Hinrichtung bzw. Entführung unschuldiger Menschen ist in keiner Weise zu rechtfertigen.

Wir trauern mit den Familien und Angehörigen der Opfer des terroristischen Überfalls und fordern eine umgehende Freilassung aller Geiseln sowie eine Beendigung der Angriffe auf Israel. Die Terrororganisation Hamas trägt die Verantwortung für die Eskalation und das dadurch verursachte Leid der Zivilbevölkerung.

Sichere Heimat

Das Existenzrecht Israels ist bayerische und deutsche Staatsräson. Gerade in dieser schweren Zeit stehen wir uneingeschränkt und solidarisch an der Seite Israels. Wir bekennen uns klar zum israelischen Recht auf Selbstverteidigung und zum besonderen Schutzauftrag des Freistaats für jüdisches Leben. Antisemitismus ist unerträglich – unabhängig davon, von wem er ausgeht. Migranten, welche die Existenz des Staates Israel in Frage stellen, können und dürfen aufgrund unserer historischen Verantwortung

in der Bundesrepublik Deutschland keine Heimat finden. Wer sich hier nicht integrieren will, wer seine Freiheitsrechte durch antisemitische Hetze und Gewalt missbraucht und unseren Rechtsstaat missachtet, der muss unser Land verlassen! Wir wollen, dass auch unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen jüdischen Glaubens in Bayern sicher leben können. Jeder einzelne Übergriff auf Jüdinnen und Juden stellt zugleich auch einen Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere offene und pluralistische Gesellschaft und damit auf jeden Einzelnen von uns dar. Der Schutz jüdischen Lebens ergibt sich daher nicht nur aus unserer Verantwortung vor der Geschichte, sondern ist zugleich das Fundament unserer Demokratie. Indem wir jüdisches Leben in Bayern schützen, verteidigen wir zugleich unsere Werteordnung.

Denn der verbrecherische Überfall der Hamas ist ein Überfall auf unsere gemeinsamen Werte sowie gesellschaftlichen Grundlagen von Demokratie und Freiheit. Aggressoren haben unser gemeinsames Menschen- und Gesellschaftsbild als Ziel. Wenn also Israel angegriffen wird, werden wir alle angegriffen.

Gemeinsam mit unseren europäischen und internationalen Partnern stehen wir eng an der Seite unserer israelischen Freunde. Im Zusammenwirken mit unseren Partnern gilt es daher auch jegliche Unterstützung und Finanzierungsmöglichkeiten für Terrororganisationen wie die Hamas oder die Hisbollah im Libanon zu unterbinden.

Starker Rechtsstaat

Die Auswirkungen des neuen Krieges in Nahost sind auch in Deutschland und Bayern spürbar. Mit großer Sorge beobachten wir, dass seit dem barbarischen Angriff der Hamas auf Israel Antisemitismus, Hass und Hetze gegen Israel, israelfeindliche Proteste, rassistische Gewalt und Anfeindungen gegenüber unseren Mitbürgern jüdischen Glaubens sowie die Bedrohung jüdischer Einrichtungen neuen Nährboden in Deutschland und Bayern erhalten haben. Dabei steht eines für uns unmissverständlich fest: Wer die Hamas-Angriffe bejubelt, das Existenzrecht Israels leugnet und die Opfer der feigen Anschläge auf unerträgliche Weise verhöhnt, muss zur Rechenschaft gezogen und mit

aller Härte des Gesetzes bestraft werden. Wir tolerieren keine Straftaten von Hamas-Anhängern in Bayern und werden diese auch künftig konsequent und umgehend verfolgen. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen. Auch das Sammeln von Spenden durch Hamas-Anhänger in Bayern gilt es konsequent zu unterbinden.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir, dass wir in Bayern über eine schlagkräftige, bayerische Polizei und Justiz verfügen, die bereits mit einem Bündel an Maßnahmen konsequent gegen antisemitische Straftaten sowie Hass und Hetze im Internet vorgehen. Diese Maßnahmen und vorhandenen Kompetenzen gilt es nicht nur zu erhalten, sondern auch künftig weiter fortzusetzen und auszubauen. Hierzu wollen wir sicherstellen, dass die bayerische Polizei und Justiz nicht nur über das notwendige Personal, sondern auch über ausreichende und geeignete Möglichkeiten verfügen, um antisemitische Straftaten zu bekämpfen und israelfeindliche Proteste und Kundgebungen zu untersagen. Wir wollen das Straf- und Versammlungsrecht überprüfen und ggf. anpassen, um etwaige Strafbarkeitslücken zu schließen.

Prävention mittels Bildung

Die politische Bildung einschließlich der Friedensbildung sowie Antisemitismus- und Extremismusprävention sind ein wichtiger Teil bayerischer Schulbildung und fest im Lehrplan verankert. Auch die Erinnerungsarbeit nimmt im Lehrplan aller bayerischen Schulen (u. a. in den Fächern Politik und Gesellschaft, Religionslehre und Ethik, Geschichte) einen hohen Stellenwert ein. Dabei lassen die Lehrpläne aller Fächer den Lehrkräften hinreichend Gestaltungsräume, um auf aktuelle gesellschaftspolitische Ereignisse, Themen und Entwicklungen zu reagieren, diese aufzugreifen und im Unterricht zu thematisieren. Lehrkräfte aller Schularten und Fächer sind gehalten, demokratische Verhaltensweisen und Werte in ihrem Unterricht wie auch im schulischen Leben zu vermitteln, zu fördern und auch ein darauf bezogenes aktives Lernen zu ermöglichen.

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion erkennt die unverzichtbare Leistung der bayerischen Schulen bei der Bekämpfung von Antisemitismus an und setzt sich für eine Stärkung der Demokratie- und Wertebildung an allen Schularten sowie die Vertiefung der bayerisch-israelischen Beziehungen ein.

Forderungen:

- Fortentwicklung des „Gesamtkonzepts Erinnerungskultur“
- Ausbau bestehender Themenportale und (außer-)schulischer Präventionsprogramme
- Ausbau der Förderung einer demokratischen Erinnerungskultur sowie einer vielfältigen Gedenk- und Erinnerungsarbeit durch die bayerischen Gedenkstätten und außerschulischen Bildungsträger
- Entwicklung neuer Erinnerungsformate in Zusammenarbeit mit den Gedenkstätten, der Wissenschaft, Opferverbänden und weiteren relevanten Akteuren
- Besuch einer jeden Schülerin und eines jeden Schülers von mindestens einer KZ-Gedenkstätte oder vergleichbaren Einrichtungen der Erinnerungskultur zur Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus
- Vermehrter und intensivierter Schüleraustausch
- Antisemitismusprävention als verpflichtender Bestandteil des Vorbereitungsdienstes angehender Lehrkräfte aller Schularten im Seminarfach „Grundfragen staatsbürgerlicher Bildung“ und/oder „Pädagogik“
- Verbindung der schulischen Antisemitismusprävention mit der Bildungsarbeit im außerschulischen Bereich im Rahmen des Gesamtkonzepts „Jüdisches Leben und Bekämpfung des Antisemitismus“

Wir werden auch künftig alle Kräfte bündeln und sämtliche Anstrengungen unternehmen, um jüdisches Leben hierzulande zu schützen und zu fördern und Antisemitismus auch weiterhin mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaats zu bekämpfen.